

Zur Atomwaffenproblematik: Die erfolgreiche Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags 2021 für Rüstungskontrolle und Abrüstung nutzen und an der gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft arbeiten!

Willy-Brandt-Kreis

Montag, 26. Oktober 2020

Nach Jahren der Abrüstung und Entspannung hat sich die Atomwaffenproblematik sowohl auf globaler Ebene als auch regional in Europa, Asien und dem Mittleren Osten wieder verschärft. Es besteht die akute Gefahr eines neuen globalen Wettrüstens, des Verlusts der durch Rüstungskontrolle und Abrüstung schwer erkämpften Fortschritte und durch eine bewusst nationalistisch ausgerichtete Neuorientierung der Weltordnung. Hinzu kommt die Corona-Krise, welche aktuelle politische und soziale Konflikte, soziale Ungleichheiten und den Wettbewerb um Ressourcen zusätzlich anheizt. Die Handlungsfähigkeit der Weltgemeinschaft steht auf dem Spiel, nicht zuletzt durch die geopolitischen Rivalitäten zwischen den USA und China, zwischen dem westlichen Europa und Russland. Im Bundestagswahlkampf 2021 werden diese Entwicklungen eine wichtige Rolle beim Thema Außenpolitik spielen. Die SPD, in der Tradition von Willy Brandt und Egon Bahr, steht in der Verantwortung angesichts der globalen Krise, konkrete Wege einer nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik aufzuzeigen, und insbesondere ihr Friedensprofil deutlich zu machen.

Wichtig ist, dass das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen, so wie es noch 2009 von US-Präsident Obama offiziell anerkannt wurde, nicht aus dem Blick gerät. Leider gibt es nur noch wenige ernsthafte Abrüstungsinitiativen auf politischer Ebene; allerdings viele Vorschläge aus der Zivilgesellschaft und aus Expertenkreisen. Die Bundesregierung sollte solche Initiativen stärker aufgreifen. Insbesondere die SPD muss sich wieder stärker und profilierter für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere Nuklearwaffen einsetzen und gemeinsam mit Gleichgesinnten in Deutschland und Europa das Ziel einer atomwaffenfreien Welt aktiv vorantreiben.

Es geht darum, umsetzbare Schritte in Richtung effektiver Kriegsverhütung, Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle zu initiieren, durchzusetzen und nachhaltig zu gestalten.

Führen wir uns immer wieder vor Augen: Atomwaffen stellen die einzige Technologie dar, mit deren massiven Einsatz sich die Menschheit in 24 Stunden selbst auslöschen könnte. Dabei muss allen gewahr sein, dass auch kleinere Atomwaffen eine enorme Zerstörungskraft entfalten. Simulationsrechnungen zeigen die katastrophalen Folgen des Einsatzes selbst von wenigen Atombomben auf. Nuklearer Winter führt zu globa-

len Ernteaussfällen, weitreichenden ökologischen Schäden, dramatischen Temperaturveränderungen und globalen Strahlungsschäden.¹ „Die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes – auch aus Versehen oder durch Fehlkalkulation – sind bekannt, aber viele Regierungen ignorieren die Konsequenzen und die Gefährlichkeit der Einsatzdoktrinen“.

Trotz der Abrüstungserfolge in den 1980er und 1990er Jahren sind die heutigen Atomwaffenarsenale bedrohlich groß, insbesondere die der USA und Russlands. Beide Länder verfügen noch immer über jeweils etwa 6.000 Atomwaffen. Dies entspricht über 90 Prozent aller Nuklearwaffen. Ernsthaftige Abrüstungsverhandlungen werden nicht mehr geführt. Stattdessen wurde der INF-Vertrag gekündigt, die USA haben das Iran-Abkommen gekündigt und der letzte strategische nukleare Rüstungskontrollvertrag New START, der zwischen den USA und Russland geschlossen wurde, läuft Anfang 2021 aus. Überdeutlich ist zudem ein neues Wettrüsten zu erkennen.

So haben alle klassischen Nuklearwaffenstaaten, insbesondere Russland, die USA und China, ambitionierte Modernisierungsprogramme aufgelegt, bei denen es um die Neuentwicklung, Verfeinerung und Ersetzung von Trägersystemen, Einsatzmodi und Sprengköpfen geht, wobei es keine Transparenz hinsichtlich des Umfangs und der Art der inzwischen bestehenden Nuklearwaffenarsenale gibt. Tausende Atomwaffen befinden sich in einem hohen Alarmmodus und können sofort eingesetzt werden. Die Trump Administration zieht in Betracht, Nukleartests wiederaufzunehmen und damit den noch nicht in Kraft getretenen „Umfassenden Teststoppvertrag CTBT“ ein weiteres Mal zu schädigen. Der russische Präsident Putin propagiert neue Arten von Trägersystemen sogar mit Nuklearantrieb und droht mit deren Einsatz. Die meisten Nukleardoktrinen schließen einen nuklearen Ersteinsatz nicht aus, und entgegen der klassischen nuklearen Abschreckung, die lediglich den Einsatz von Atomwaffen eines Angreifers verhindern soll, werden Atomwaffen sogar wieder als Kriegsführungsinstrumente ins Spiel gebracht. Dies alles heizt die nukleare Weiterverbreitung an und verschärft die Nuklearkrisen im Mittleren Osten (Iran, Israel, Saudi-Arabien etc.) und in Asien (Nordkorea), die auszufern drohen mit nicht nur regionalen Konsequenzen. Dazu kommen neue Bedrohungen durch zielgenaue Marsch- und Überschallflugkörper, die wachsende Gefahr von Cyberangriffen auf Frühwarnsysteme und die forcierte Entwicklung von Weltraumwaffen, die in einer Krise zum Einsatz kommen können.

Viele Experten, Militärs und Ex-Politiker halten deshalb den Einsatz von Atomwaffen heute für wahrscheinlicher als je zuvor. Und die Experten des „Bulletin of the Atomic Scientists“ betonen immer wieder, dass das Risiko eines eskalierenden Atomwaffeneinsatzes heute größer als zur Zeit des Kalten Krieges ist.

Auch angesichts der voranschreitenden SARS-2-COVID-Krise, die den Staaten enorme Investitionen in die Gesundheitssysteme, die Wirtschaft und das soziale Leben abver-

¹ Siehe dazu: Internationales Rotes Kreuz: Humanitarian Impacts and Risks of Nuclear Weapons, Expert Meeting, Report 29. August 2020.

langt, kann und darf sich die Welt die immensen Kosten eines neuen nuklearen Wett-rüstens nicht leisten. Die Europäer müssen in dieser Situation selbst aktiv werden, um ein Wett-rüsten auf ihrem Territorium und weltweit zu verhindern und aktuelle Nukle-arkrisen zu entschärfen. Dialog und Gemeinsame Sicherheit müssen wieder Bestand-teil der Diplomatie und außenpolitischer Initiativen werden.

Die SPD steht für Dialog und Gemeinsame Sicherheit!

Das Ziel einer von der SPD vertretenen Friedens- und Sicherheitspolitik muss sein, Stabilität und Frieden in und um Europa zu stärken, die nukleare Abrüstung zu revita-lisieren und Rüstungskontrolle auch auf berechenbarer, vertraglicher Grundlage wie-der möglich zu machen. Dazu gehört, dass sich die SPD in der Regierung und darüber hinaus aktiv, klar und vernehmlich dafür einsetzt, dass

- der New-START-Vertrag um fünf Jahre verlängert und die dadurch gewonnene Zeit für ernste, strukturierte Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und Russland genutzt wird,
- in den kommenden Jahren eine öffentliche Diskussion in den NATO-Staaten über die Nuklear- und Sicherheitsstrategie in ganz Europa und über die Eskalati-onsrisiken durch die Stationierung neuer Atomwaffen geführt wird,
- keine neuen Trägersysteme mit Atomwaffen auf europäischem Boden statio-niert werden, solange sich alle Seiten nachprüfbar an den Status Quo halten,
- die „taktischen“ Atomwaffen in Europa auch die auf deutschem Boden in Eu-ropa und die Russlands, nachprüfbar abgezogen bzw. zerstört werden,
- die europäischen Staaten Rüstungskontrollverhandlungen mit Russland vorbe-reiten und aufnehmen, um den Ausbau konventioneller Streitkräfte in und um Europa verifizierbar zu beschränken und die Stationierung neuer taktischer Nuk-learwaffen zu verhindern,
- die P5-Staaten (Atommächte) aufgefordert werden, Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen in der öffentliche erklärten Erkenntnis, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und daher niemals geführt werden darf“,
- die Stockholm-Initiative von 16 Ländern für neue Impulse zur nuklearen Abrüs-tung stärker unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Nichtverbreitungsvertrages, die nach wie vor auf nukleare Abschreckung setzen, und denen, die den neuen Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet haben, ge-fördert wird.
- Der Einsatz von Atomwaffen ist aufgrund seiner katastrophalen Konsequenzen völkerrechtlich zu ächten. Deshalb ist die Bundesregierung aufgefordert, den

Atomwaffenverbotsvertrag (Ban-Treaty) zu unterzeichnen.² Dieser Vertrag wird am 22. Januar 2021 in Kraft treten und die Debatte um die Zukunft der Atomwaffen verändern. Der Vertrag stärkt die internationalen Rechtsstrukturen und politischen Normen im Hinblick auf das Verbot des Einsatzes, Besitzes und der Weitergabe von Atomwaffen und bietet neue Chancen für die Abrüstung.

Für eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft

Das Ziel, eine funktionierende gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft unter Einbeziehung aller europäischen Staaten zu schaffen, muß weiterverfolgt und mit einer neuen europäischen Friedens- und Stabilitätsinitiative basierend auf den Erfahrungen aus dem Helsinki-Prozess von 1975 der KSZE und der OSZE Charta von Paris 1990 wieder vorangebracht wird.

Gerade letzteres bedarf der soliden Vorbereitung, Implementierungsplanung und Abstimmung mit den Verbündeten. Ein wichtiger Pfeiler ist ein Neuansatz für die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, nachdem die zentralen Verträge (KSE 1991, Wiener Dokumente und Open Skies) nicht mehr oder nur noch teilweise funktionsfähig sind³, sowie ein Abzug aller taktischen Nuklearwaffen aus Europa. Dafür müssen „stabilisierende Maßnahmen für regionale Konflikte“, die Stärkung der Selbstverpflichtung der NATO-Russland Grundakte 1997 und der KSE-Schlussakte 1999 sowie verbindliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vorgeschlagen und umgesetzt werden. Eine Initiative zur Stärkung der osteuropäischen Sicherheit sowie ein zielführender Dialog mit Russland sind unumgänglich.

Wir appellieren an die SPD, als Regierungspartei, die den Außenminister stellt, umgehend eine Kommission einzuberufen, die dazu mittel- und langfristige Vorschläge erarbeitet.

² Siehe der offene Brief von 56 ehemaligen Präsidenten, Premierministern, Außen-, und Verteidigungsministern aus 20 NATO-Staaten sowie Japan und Südkorea : Open Letter in Support of the 2017 Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, September 21, 2020 organisiert durch ICAN. <https://www.presenza.com/2020/09/open-letter-in-support-of-the-2017-treaty-on-the-prohibition-of-nuclear-weapons/>

³ Siehe W. Zellner, S. Pifer, O. Oliker: A Little of the Old, a Little of the New: A Fresh Approach to Conventional Arms Control (CAC) in Europe, Deep Cuts Issue Brief #11 https://deepcuts.org/news/detail/page?tx_news_pi1%5Bnews%5D=209&cHash=83a8708b92a1e8ff5118d87670f0c37f